

Der Grundstein

Wochenblatt des Deutschen Baugewerksbundes

für Wertmeister, Gesellen, Lehrlinge u. Hilfsarbeiter in Maurer-, Beton-, Ziesbau-, u. Dachdeckerbetrieben, in der Kachelofen- u. Steinzeugindustrie, in Scheibentöpfereien- und Glasereien, in Bager- und Stuckbetrieben, für Asphaltierer und die Arbeiter im Straßenbau, Hölzerer, Hüttenleger, Ofenleger, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Erscheint wöchentlich Sonnabends. Monatsbezugspreis 1,- RM. (ohne Postgebühren). Bestellungen nur durch die Post. Schluß des Abdruckes Montags früh

Herausgeber: Deutscher Baugewerksbund
Berlin SW 68, Friedrichstr. 5-6 Fernspr.: 9 7 Wohnpost 7650, 7651, 8240 Postfach Berlin 65232

Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Berlin S 14, Deutscher Baugewerksbund, Zentrale. Geschäftsanzeigen nach Tarif durch „Werba“, Berlin SW 11.

Nur nicht verzagen! Vorwärts und aufwärts!

Mögen Unberufene und Feinde noch so sehr an ihnen herumrütteln und sie bedrücken: Unsere Gewerkschaften sind Kampforganisationen. Beruflich oder betrieblich gleich interessierte Arbeiter und Arbeiterinnen sind in ihnen

vereinigt zur Verbesserung und Verteidigung ihrer Standesinteressen.

Außerdem sind die Gewerkschaften dazu berufen, die allgemeine Bildung und die berufliche Tüchtigkeit ihrer Mitglieder zu fördern. Auch in besonderen Notfällen des täglichen Lebens stehen die Gewerkschaften ihren Mitgliedern schützend und nicht zuletzt auch beratend zur Seite. Außerdem sind sie unablässig bemüht, unter voller Ausnutzung aller ihnen zu Gebote stehenden Machtmittel die Wirtschaft in einem der Arbeiterschaft günstigen Sinne zu beeinflussen.

Von der jeweiligen Wirtschaftssphäre ist die Einstellung der Gewerkschaften unmöglich loszulösen. Ihr gesamtes Tun und Lassen wird vom Stand der Wirtschaft lebhaft beeinflusst. Die Folgewirkungen des Aufstiegs und der Krise üben ihren günstigen oder ungünstigen Einfluß auch unmittelbar auf die Gewerkschaften aus. So

schwächt die im heftigen Lufte die erlebte Arbeitslosigkeit in nachhaltiger Weise die Gewerkschaftskraft.

Vor allem schmälert das große Heer der Arbeitslosen die gewerkschaftliche Betriebskraft und behindert den Lohnkampf. Arbeitslosigkeit und die daraus resultierenden Not auch die gewerkschaftlichen Forderungen. Dies wiederum hat zur Folge eine Verringerung der finanziellen Leistungen auf dem Gesamtgebiet des gewerkschaftlichen Unterhaltungswehens; solche Maßnahmen sind leider nötig, um die Organisationen vor ersten Erschütterungen zu bewahren. Die Unterhaltungen werden auf ein dem Wirtschaftstand, dem Geld und haben entsprechendes fragbares Niveau gesenkt.

Das alles ist ganz natürlich, wird durch die Verhältnisse, wenn auch nur vorübergehend, so doch zwangsläufig diktiert und ist für jeden, der das Wesen der Gewerkschaften und der Wirtschaft kennt, ohne weiteres begreiflich. Aber da gibt es Gewerkschaftsmitglieder, die so etwas schwer fassen können. Sehr bald und leider taucht bei ihnen die Ansicht auf,

der fortgesetzte Lohnabbau und die Schwächung der Unterhaltungen seien Beweise

dafür, daß die Gewerkschaften nicht auf der Höhe ständen. Es entsteht Mißtrauen und Notlosigkeit. Diese Gefühle werden genährt durch mühe Angriffe auf die Gewerkschaften durch die Kommunisten und Nationalsozialisten. Da wirft dann mancher die Gewerkschaftsfeinde ins Korn. So werden die politischen Extremisten bewußt oder unbewußt zu Helfershelfern der Kapitalisten, die jede Schwächung der Gewerkschaften mit Triumphgeul begrüßen...

Mancher in seiner Gewerkschaftsüberzeugung ins Wanken Geratene gräbt unter diesen Umständen wieder das jämmerliche Sprichwort der Trostlosigkeit aus dem vorigen Jahrhundert aus: Es hat alles keinen Zweck. Hat es wirklich keinen Zweck? O, ihr Kleinmütigen oder ihr, die ihr gleichgültig oder Opfer maßloser Verhehlung geworden seid:

Die Gewerkschaften haben auch heute wie früher ihre wichtige und lebensnotwendige Zweckbestimmung! Sie stehen gegen eine Armee von Feinden; trotz allem treten sie anbeirrt ein für die Interessen ihrer Mitglieder. Herangezogen sei an dieser Stelle ihre zähe Tarifpolitik. Mit diesem Mittel konnten sie lange Jahre hindurch die Löhne steigern. Ohne Lohnkämpfe hätte der Lohnabbau weit früher eingesetzt, und auch heute noch sind sie ein nützlich Mittel gegen übermäßigen Lohnbruch. Und wie steht es mit den arbeitsrechtlichen Sicherungen? Trotz des maßlosen Unternehmensdrucks blieben sie für viele ein Schutz gegen Entlassung und sonstige Schikane. Erinnerung sei auch nicht zuletzt an die Tätigkeit der Arbeitsgerichte. Millionen von Reichsmark werden mit ihrer Inanspruchnahme durch die Gewerkschaftsvertreter der Arbeiterschaft gerettet. Und die staatliche Arbeitslosenhilfe, obgleich verwaschert durch arbeitserfindliche Notverordnungen, ist und bleibt auch heute noch

ein Standardwerk gewerkschaftlichen Zielsrebens.

Trotz aller Verschlechterungen auf diesem Gebiete ist der Staat auch heute noch gezwungen, über eine Milliarde

Mark jährlich an Arbeitslosenunterstützungen zu gewähren. Und wenn auch die eigenen Hilfsmittel der Gewerkschaften zur besonderen Unterstützung ihrer Mitglieder heute eingeschmumpft sind, so haben sie immer noch namhafte Beträge auch für dieses Hilfswerk übrig. Und was haben die Gewerkschaften geleistet und leisten sie heute noch zur Hebung des Wissens und der Bildung ihrer Mitglieder, zur Schaffung einer wahrhaften Arbeiterkultur?

Nur Unwissenheit, Opfermüdigkeit, Insozialität oder sich den Tatsachen verschließende blinde Willkürlichkeit können von den Gewerkschaften behaupten, sie hätten für die Arbeiterschaft nichts getan oder gar, sie hätten keinen Zweck.

Alle erreichten und noch vorhandenen sozialen und arbeitsrechtlichen Errungenschaften sind ausschließlich das Werk der Gewerkschaften.

Diese nackte Tatsache wüßt auch nicht weg die Begeisterung, die heute nicht nur bei den Unternehmern, sondern auch in weitesten — allerdings irreführenden — Arbeiterschichten gegenüber den Gewerkschaften gang und gäbe geworden ist. Trotz aller Wirtschaftsunlust stehen die Gewerkschaften dennoch trenn zu ihren vor Jahrzehnten geschaffenen Grundtendenzen. Ihr Arbeitsfeld hat sich gegenüber früheren Zeiten nicht verengert, sondern bedeutend erweitert. Und wir sehen an der Arbeitspflicht-Verordnung, der Papen-Regierung vom 3. Oktober, daß selbst diese Regierung, deren Repräsentanten schon wiederholt herausfordernd öffentlich auf die ihnen zu Gebote stehende Macht gepost haben, zu solchen Gewaltmitteln greifen mußte, um die entkoppelten gewerkschaftlichen Vorstöße in letzter Zeit gegen unternehmerliche Lohnkürzungen abzumildern...

Trotz ihrer unangenehm natürlichen Gegner, trotz aller Drecksprüher von links und rechts aus dem Lager ihrer unnahefälligen Gegner, trotz aller Unlust der Wirtschaftsverhältnisse beharren die deutschen Gewerkschaften auf vorgehobenen Posten. Und der gewerkschaftlichen Ueberzeugung des. Was ihrer Mitglieder wird man trotz drohender Diktatur weder mit dem Polizeiknüppel noch mit der drakonischen Gesetzesmacherei beikommen können. Ihnen gehört die Zukunft trotz allem!

Zur Erreichung dieses Zieles ist aber selbstverständlich die Mitarbeit aller Gewerkschaftsmitglieder nötig. Merkts es: Keine Gewerkschaft kann mehr Macht in die Waagschale werfen als ihr ihre Mitglieder geben!

Jede Gewerkschaft ist in ihrer Verfassung das Spiegelbild des Kampfes und der Entschlossenheit ihrer Gesamtmittelglieder. Jeder seiner Verantwortung bewußte Gewerkschaftsführer muß darauf achten und danach die Grenzen der Gewerkschaftsmacht abstecken. Um ihm aber mehr Zuversicht und Macht zuzuleiten, ist nötig, daß jeder Hand ans Werk legt und seiner Gewerkschaft

schützend und stützend zur Seite steht. Jeder muß für die Organisation, jedes unserer Mitglieder muß für den Deutschen Baugewerksbund werden! Unaufrichtig ist dort, wo noch etwas gebaut wird oder wo schadhaft gewordene Häuser ausgefleckt werden, auf die Unorganisierten einzuwirken und ihnen die Notwendigkeit und Pflicht darzulegen, sich unserem Bunde anzuschließen. Ferner stelle man in den Mittelpunkt unserer Werbearbeit die Hausagitation.

Man belehre und umwerbe die Kollegen in den vier Pfählen ihrer Häuslichkeit. Dazu gehört weniger Redekunst als Tatsachennaterial. Unser Bund braucht sich seiner Erfolge und Leistungen wahrlich nicht zu schämen. Er hat auch unter den ungünstigsten Wirtschaftsverhältnissen seinen Mann gestanden. Ege er heute kraftlos am Boden, dann wären jämmerlichste, Hungerknechte und kraftlose Untermerkwürdler in allen Teilen Deutschlands, wo noch etwas Bauarbeit verrichtet wird, an der Tagesordnung...

Auch an den Stempelstellen überlasse man das Werbefeld nicht den radikalen Schreihälsen. Beleuchtet ihre Irrtümer, zeigt die Dummheit und Hohlheit ihrer demagogischen, englitrigen Redemendungen! Und das Versammlungswesen muß trotz Winter und Wirtschaftsunlust sorgfältig gepflegt werden. Unsere Versammlungen interessant gestaltendes Bundesmaterial liegt in Hülle und Fülle vor; unser Bundesvorstand ist jederzeit bereit, auf Anforderung bestes, den Erfolg garantierendes Material zur Verfügung zu stellen. Außerdem bieten die wirtschaftlichen und politischen Zustände reichlichen Stoff, um unsere Versammlungen ergiebig und interessant zu gestalten. Ueberall Material in Hülle und Fülle! Müht es!

Doch nicht nur den Launen und Unorganisierten, auch den falsch Organisierten müssen wir unsere Aufmerksamkeit zuwenden. Wir müssen alle Mittel anwenden, um die gewerkschaftliche Einheitsfront

zu schaffen und hochzuhalten. Die gelegentlichen Einbrüche in diese Front durch Kommunisten und Nationalsozialisten haben diesen bisher wenig eingebracht. Zumeist war es hohles Stroh oder dürrer Splittersholz. Das ihren demagogischen Redekünsten erlag, das sich leicht entflammen läßt, aber bald in Rauch aufgeht. Die eigentliche Gewerkschaftsfront steht nach wie vor fest. Und wenn überall jedes überzeugte Mitglied aus seiner Passivität heraustritt, wenn jeder mit guten Gründen die gute Sache vertritt, dann müßte es mit dem Tausel zugehen, wenn wir unsere gewerkschaftliche Einheitsfront nicht nur erhalten, sondern verbreitern und vertiefen könnten!

Alle ans Werk! Von Mund zu Mund, vom Kollegen zum Kollegen klinge der Ruf zu gewerkschaftlicher Solidarität!

Schmiedet mit allen Mitteln unsere gewerkschaftliche Einheitsfront!

Müht dabei auch auf die Jugend! Reicht sie ebenfalls ein, betreut sie, klärt sie auf! Wenn alle auf diese Weise ihre Schuldigkeit tun, dann werden wir zur unüberwindlichen Macht, der kein Papenheimer, kein Hülser oder Thälmann etwas anhaben kann! Auf, ans Werk!

Was haben die Bauarbeiter von der Zerstückelung des preußischen Wohlfahrtsministeriums zu erwarten?

Die Zerstückelung des Preussischen Ministeriums für Volkswohlfahrt durch die Papen-Regierung ist ein ebenso bedenklicher wie verurteilenswerter Vorgang. Mehr denn je ist heute nicht nur für das Reich im Reichsarbeitsministerium, sondern auch für den größten deutschen Bundesstaat eine verantwortliche Zentralbehörde nötig, um im Rahmen der Gesamtpolitik die sozialen und gesellschaftlichen Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen. Trotz allem ist der Bau des preussischen Wohlfahrtsministeriums zerstückelt worden. In den Nachlaß sollen sich fünf verschiedene Ministerien teilen.

Was bedeutet diese „Neuordnung“? Sie bedeutet eine wohl überlegte Sabotage des bei Gründung dieses Ministeriums zum Ausdruck gekommenen sozialen Gedankens. Dies geht unzweifelhaft hervor aus der Art und Weise der Aufstellung der wohnungs- und siedlungspolitischen Abteilung dieser Behörde. Bisher stand diese Abteilung unter der Führung eines lebnungsfreudigen Ministers. Nun aber sollen sich drei Ministerien um die Zuständigkeit streiten, und zwar das Ministerium für Landwirtschaft, das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit und das Finanzministerium. Das Ministerium für Landwirtschaft soll den Landarbeiter-Wohnungsbau verwalten; das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit soll die ideale und gesellschaftliche Grundlage bearbeiten; das Finanzministerium

aber als die Hauszinssteuer verwaltende, Stelle erhält die ausführendende Schlüsselstellung für den Wohnungs- und Siedlungsbau.

Diese Schlüsselstellung bedeutet nichts Gutes. Sie befindet sich nunmehr bei einem Ministerium, das für die Fortführung einer sozialen Wohnungs- und Siedlungspolitik bisher sehr wenig Verständnis und Interesse aufgebracht hat. Und da es sowieso seine liebe Not haben wird, das wachsende preussische Defizit auszugleichen, dürfen so viel wie gar kein Willen und gar keine Mittel für die Erstellung gesunder und wirtschaftlich tragbarer Wohnungen und Heimstätten für die minderbemittelte Bevölkerung übrigbleiben.

Man beachte bei Beurteilung der Sachlage, daß dem preussischen Finanzministerium nunmehr der Minister Dr. Poppi vorsteht. Und dessen hiesigen und wohnungsreformvernehmlich feindliche Einstellung ist bekannt. Aus seinem im Deutschen Verein für Wohnungsreform gehaltenen Referat über die zukünftige Regelung des Finanzausgleichs und die Finanzierung des Wohnungsbaus führte damals Dr. Poppi aus, man solle dem Wohnungsbau selbst auch dann keine Mittel mehr zuführen, wenn sich die finanziellen Verhältnisse bessern sollten. Der Wohnungsbau sei „unproduktiv“. Dr. Poppi führte damals weiter aus, auch in einem Arbeitsbeschaffungs-

programm dürfte der Wohnungsbau keine Berücksichtigung finden, weil es mit wichtigeren Fragen zu lösen gäbe. Dafür aber trat Dr. Popitz für die Einführung einer neuen Wohnungsgesetzgebung ein. Im übrigen verurteilte er die nachkriegszeitliche Wohnungspolitik und forderte, man solle wieder zu Verhältnissen ähnlich der Vorkriegszeit zurückkehren.

Diese Auffassung vertrat damals im „Deutschen Verein für Wohnungsreform“ Dr. Popitz. Heute hat er die Hand an der Gurgel des sozialen Wohnungs- und Siedlungswesens. Seine Anschauung in dieser Richtung dürfte sich nicht geändert haben. Die minderbemittelten Volksschichten haben demnach in der Verjüngung mit gesunden und wirtschaftlich tragbaren Wohnungen von Dr. Popitz nichts zu erwarten. Auch die Bauarbeiterschaft hat von ihm nichts zu erwarten. Diese Handlungsweise der soeben abgegangenen Papen-Regierung kennzeichnet auch auf diesem Gebiete ihre volksfeindliche Einstellung. Zudem sind wir der festen Überzeugung, daß alle Versuche zur Beseitigung der Wirtschaftskrisis in mehr oder weniger starkem Maße scheitern werden, solange nicht auf dem Gebiete der Wohnungs- und Siedlungspolitik die bessere Einseitigkeit durch die Forcierung dieser Politik nicht nur der Bauarbeiterschaft, sondern auch allen Bauangehörigen und allen sonstigen an der Bauindustrie interessierten Gewerben vermehrte Arbeit zugeführt wird. Aber diese Einseitigkeit des Kabinetts Papen nicht aufgedeckt, erst recht nicht Dr. Popitz. Ein Grund mehr, daß mit dieser wirtschaftsfeindlichen Politik endlich Schluß gemacht wird und ein Reichskabinett auf der politischen Bühne Deutschlands erscheint, das den Gesamtinteressen der Wirtschaft mehr Interesse entgegenbringt als das bisherige Papen-Kabinett!

Sie sinken alle beide . . .

Wir kommen nochmals auf den von Nazis und Kozis mit großem Tamtam inszenierten und unter ungeheurer Geheißer zusammengekehrten Berliner Verkehrsstreik zurück. Warum? Weil dieser Vorgang für die Gemisinnlichkeit und den Siebgrad radikaler Demagogie ein lehrreiches Beispiel liefert, ja, geradezu ein klassisches Beispiel dafür ist, daß bei diesen „Arbeiterparteiellen“ die Taktik ohne Rücksicht auf die durch solche Verbrechen aus der Straßenplaster gemorsten Einzelopfer nur durch politische Rücksichtnahme zu bestimmen ist. Als nämlich die Wahlkraft am 8. November geschlagen war, überführten sich am Tage darauf Nazis und Kozis, diesen Streik „offiziell“ ohne jeden Erfolg abzubrechen. Und nun haben wir die Parteien! Auf beiden Seiten wird das radikale Maul bis zu den Ohren aufgestossen, um die „andern“ des Streikbruchs zu beschuldigen!

Hören wir zunächst einmal, was das Berliner Nazi-Blatt, der „Angriff“, in dieser Richtung ausspricht. Nachdem dieses Papier, mit dem der Reichsführer Goebbels allseitig seine Getreuen füttert, in seiner Nummer vom 10. November zur allgemeinen Politik die bei ihm üblichen Großreden anknüpft, überwindet, wobei in steifem Ernst verächtlich wird, in der NSDAP, entscheide nur ein einziger Mann, und zwar Hitler, für den sie die Reichsregierung verlangen, was — man höre und staune! — „den Arbeiter“ Weg aus der Krise bedeute, leitet es über zu einer Betrachtung über den Berliner Verkehrsstreik. Kurz und bündig nennt Dr. Goebbels den Ausgang des Streiks eine „marxistische Streiksabotage“, zertert über die Schuld der „Gewerkschaftsbürokratie“, — man höre nochmals und staune! — über die „schamlose Verräterrolle der KPD“. Hätte der Streik noch 48 Stunden gedauert, dann wäre die bestreikte BVG ohnmächtig zusammengebrochen. Aber am 7. November habe die KPD den Streik „offiziell“ abgeblasen und ihn damit sabotiert. Die KPD hätte, nachdem die Reichstagswahl vorüber war, an der Fortführung des Streiks kein Interesse mehr gehabt, sie hätte den Streik nur zu parteipolitischen Zwecken ausgeklüffelt. Natürlich mußte unter diesen Umständen auch von den Nazis der Streik abgetrennt werden. Und dann belirkt das Nazi-Papier noch über das „schändliche Treiben marxistischer Arbeiterführer“, über „marxistische Arbeiterverrat“ und erzählt zornig, über ein kommunistisches KPD-Stücklied, das ebenfalls zornig erklärend, dieser Streik habe ihm erst die — bisher jedenfalls sehr frugalen — Augen geöffnet. Feiertlich wird zum Schluß der „Reinigungsakt“ gepredigt gegen die KPD, und natürlich auch gegen die freien Gewerkschaften.

Und die „Rote Fahne“? Sie blüht vom andern Ende in das gleiche Horn. Daß auf diese Weise allerlei kauderwelsche Dör, „erquickend“, ist ohne weiteres verständlich. Natürlich bekommt in der „Roten Fahne“ zuerst ihr Fett — wie immer — die sozialdemokratische „Bürokratie“. Demagogisch wird gequatscht von „verderblichen Streikbrechern“ und „gedungenen Büffeln“ der BVG-Direktion. Aber dann knüpft sich das Blatt die Nazis vor. Genau wie im „Angriff“ liest man in der „Roten Fahne“, daß die „andern“ die Streikbrecher gewesen seien; die Nazis hätten am 7. November die Streikfahne verlassen und seien bedingungslos in die Betriebe gelaufen. Nur der politische Wahlpropaganda wegen hätten sie am Verkehrsstreik teilgenommen. Und wie im „Angriff“ muß auch in der „Roten Fahne“ ein „Blutzeuge“ auftreten, ein Mann mit dem Namen „Schulz“, seines Zeichens NSDAP-Funktionär, also der Nazi-Jellenebewegung, der die Streikbrecherrolle der Nazi-Gauleitung nach Strich und Faden vermehlt, oder im Sprachjargon der „Roten Fahne“ sie „brandmarkt“. Und in an ihm bekannter holder Anmut antwortet darauf das Nazi-Blatt, das sei alles erstunken und erlogen . . .

Wahrlich, ein wundervolles Wechselspiel! Man könnte auch ein Satyrspiel nennen; nur wäre dabei zu beachten, daß Nazis und Kozis den Satyrn, die im alten Hellas als göttliche Wesen galten, beileibe nicht gleichen und der Ausgang dieser Tragikomödie absolut nicht humorvoll genannt werden kann. Aber zur Beleuchtung dieses eigenartigen Satyrspiels sei nebenbei erwähnt, daß das Berliner Nazi-Blatt, die „Nationalzeitung“, kürzlich feiertlich verkündete, im Kampfe gegen die Reaktion käme ein Zusammengehen mit den „Marxismus“ auch bei wirtschaftlichen Kämpfen nicht in Frage, vor allen Dingen nicht ein Zusammengehen in einer proletarischen Front mit Sozialdemokraten und Kommunisten. Man werde — so laut das Nazi-Blatt — mancher Epischbürger die Hemmnisse überwinden, die ihm eine jüdisch geleitete Propaganda in den letzten zwei

Monaten aufgedreht habe. Dieses Bekenntnis ist ebenfalls wertvoll zur Beurteilung der Komödie.

Noch nunmehr zum Kern der Frage. Dieser Streik war — heute bescheiden sich dies ja Nazis und Kozis gegenseitig mit erfreulicher Offenheit — von vornherein ein geschickt angelegtes politisches Manöver dieses ungleichen Pärchens. Wie war der Sachverhalt? Die Lohnabbaubestrebungen der politisch deutungslos eingestellten BVG-Direktion gingen auf 17 bis 23 % je Stunde. Dem gewerkschaftlichen Widerstand der Straßenbahner — dem Gesamtverband gelang es, nach langwierigen Verhandlungen die Lohnabbaubestrebungen bis auf 2 % je Stunde niederzuringen. Und wegen dieser 2 % wurde von Nazis und Kozis der Verkehrsstreik eingeleitet und die Sache so gehoben, daß der Kampf kurz vor dem Wahlgang zum Ausbruch kam. Ein geradezu blendendes Zugstück zur beherrschenden Beeinflussung der ununterrichteten Wählerschaft, nicht nur in Berlin, sondern im Zeitalter des Telefons und des Telegrafen auch draußen im Lande! Der Coup gelang. Und in Berlin fanden in sinniger Eintracht kommunistische und nationalsozialistische „Streikposten“ und Großstreikposten an allen Straßenecken; Stellenweise ging diese Eintracht so weit, daß der Nazi neben dem Hakenkreuz auch noch den Sowjetstern und der Kozis neben dem Sowjetstern auch noch das Hakenkreuz auf stolz geschmalteter Brust zur Schau trug. Jeder Träger der drei Fahnen wurde von ihnen gleichmäßig bespuckt, denn die Sozialdemokratie war ja für beide der „Hauptfeind“. Inzwischen lag aber ein verbindlicher Schiedsspruch vor, der allen weitergehen-

Die Wirtschaftspüfcher.



Sier mischt man mit süßem Phrasenbrei Mixturen und bittere Pillen, Wodurch man voll Eifer mit diesem Geheißer Die Not des Volkes will stillen. Ihr Wirtschaftspüfcher, solange ihr noch Wohl helfen nach alter Schablone, Hat all euer Tun ein gemalliges Loch Und gereicht dem Volk nur zum Hohne! Und wenn ihr euch auch ereizet und bläßt, Zu verbessern des Volkes Stimmung: Die Wirtschaft democh zugrunde geht In chronischer Rückgratsverkrümmung! Solange Erziehung und Güterverkehr Des harmonischen Gleichklanges entbehren, Sind eure Mixturen nur Dumm und Rauch Und unverdauliche Lehren! *Zentis.*

den Lohnabbaugelüsten der BVG-Direktoren die Genehmigung verlag habe, aber die 2 % Lohnabbau je Stunde befristete. Dies bedeutete für den freigewerkschaftlichen Gesamtverband, daß Vermeidung ungeheuerlicher Erbsparnisse den Streik als Verhandlungsmittel nicht mehr zu unterstützen.

Ein Lohnabbau auch nur um 2 % je Stunde ist für einen Arbeiterhaushalt eine allerdings empfindliche Angelegenheit. Der Haushalt wird um rund eine Mark wöchentlich verkleinert. Zur allgemeinen Aufklärung sei jedoch vermerkt, daß ein in den BVG-Verleihen beschäftigter Handwerker damit immer noch einen Stundenlohn hat, der dem des Berliner Maurers ungefähr gleichsteht, daß der Lohn der Fahrer an der Straßenbahn und im Autobusverkehr sogar bedeutend höher ist. Bei diesem Vergleich käme ferner in Betracht, daß die bei der BVG Beschäftigten Sommer und Winter gleichmäßig Beschäftigung und keinerlei Lohnausfall haben, daß sie soziale Zulagen für Frau und für jedes Kind und soweit nötig die Uniform geliefert bekommen; außerdem werden jährlich bis zu 19 Tagen Ferien gewährt. Als die BVG, noch zum Teil unter sozialdemokratischem Einfluß stand — was heute nicht mehr zutrifft — gelang es nämlich erfreulicherweise, die Löhne der dort Beschäftigten nach und nach in guter Weise aufzuheben. Die Hungerlöhne aus wilhelminischer Zeit sind fast verschwunden. Man darf für die Sozialdemokratie natürlich nie gedenken. Von rund 22.000 bei der BVG Beschäftigten waren bei Ausbruch dieses Streiks etwas über 3000 im Gesamtverband organisiert. Die anderen liefen in der „Metropole der Intelligenz“ unorganisiert umher. Trotzdem hat der Gesamtverband auch für diese Unorganisierten getan, was in seiner Macht stand. Auch in diesem Falle gelang es ihm, den verlangten starken Lohnabbau bis auf 2,3 % je Stunde zu ermäßigen. Unter diesen Umständen aber, vor allem wenn man das jammervolle Organisationsverhältnis und die Krise in Betracht zieht, hätte diesem verhältnismäßig günstigen Abschluß zugestimmt werden sollen. Aber im Rate der Nazis und Kozis war es anders beschloffen. Sie brauchten eine zugkräftige Wahlparole . . .

Seute liegen einige tausend BVG-Arbeiter gemäßregelt auf der Strecke. Nazis und Kozis wollen ihnen „sozialdemokratisch“ helfen durch Straßen- und Eisenbahn- und Freifahrt. Das ist alles, was sie für die Opfer ihrer Wahldemagogie übrig haben. Mehr können sie

auch gar nicht leisten. Währenddessen bemüht sich — obwohl die „Rote Fahne“ ihren Lesern gewohnheitsmäßig das Gegenteil vorwindet — der Gesamtverband mit allen Kräften und mit Erfolg um die Wiedereinstellung der auf der Strecke Gebliebenen . . .

Dies ist der unumstößliche Sachverhalt. Er ist ein Schulbeispiel für die verbrecherische Gemisinnlichkeit der rechts- und linksradikalen Massenpropaganda. Das gegenseitige Bespucken der Nazis und Kozis nach dem Streik würde beifällig, wenn dahinter nicht ein ernster Hintergrund wäre. Die Arbeiter aber sollten aus diesem Schulbeispiel endlich erkennen, in welcher Weise sie vielfach benutzt werden zur Stillung demagogischer Propagandagelüste jener Leute, die unter dem Deckmantel, Arbeiterinteressen zu vertreten, mit diesen Interessen in verderblichster Weise Einträubler treiben. Als Lehre aus dem Streik aber kann jeder Unbefangene gleich leicht seine in jenem Gedicht vom Rabbiner und König in bezug auf Nazis und Kozis feststellen: Sie sinken alle beide!

Förderung des Eigenheimbaues.

Der Reichsarbeitsminister hat unterm 11. November die Bestimmungen über die Förderung des Eigenheimbaues für 1933 und 1934 20 Millionen Reichsmark bereitgestellt worden. Die Bestimmungen sind den Länderregierungen mit einem Begleitfchreiben überandt worden, die notwendigen Ausführungsbestimmungen beschleunigt herauszubringen.

Wir halten den Betrag von 20 Millionen, verteilt auf 2 Jahre, für durchaus ungenügend. Eine Regierung, die durch ihre bisherigen Maßnahmen das Baugewerbe fast reiflos zum Erliegen gebracht hat, ist verpflichtet, für die Wiederingangsetzung durch greifende Mittel anzusetzen. Der Bau von Eigenheimen, der durch die Schwierigkeit der Geldbeschaffung einen starken Rückschlag erlitten hat, kann nur dann zur Belebung des Baumarcktes von Bedeutung werden, wenn die Regierung ausreichende Mittel bereitstellt. Mit 20 Millionen Reichsmark kann keine wirkliche Hilfe erzielt werden. Erfreulicherweise hat die Regierung die Baukostenhöchstsumme, die bei der vorläufigen Kleinstiedlung je Haus auf 3000 M festgelegt ist, auf 8000 M und in Ausnahmefällen für das Einzelhaus auf 10.000 M heraufgesetzt. Wir haben stets die Meinung vertreten, daß die Primitivbauten keine Oberparnis bedeuten, abgesehen davon, daß sie auch nicht arbeitsfassend wirken. Vom Standpunkt der Arbeitsbeschaffung ist die Bereitstellung von 20 Millionen Reichsmark, die einen weiteren in Privathänden gebotenen Betrag von rund 60 Millionen zum Umlauf bringen sollen, zu begrüßen, obgleich wir für die Deckung des Wohnungsbedarfs andere Wege für notwendig und besser halten.

Schwarzarbeit soll an Bauten mit Reichsdarlehen ausgeschlossen sein. In diesem Zusammenhang wollen wir auf eine Erläuterung des, was unter Schwarzarbeit zu verstehen ist, nicht eingehen. Es soll aber ausgesprochen werden, daß der Bauarbeiter, der für sich selbst an seinem eigenen Häuschen arbeitet, kein Schwarzarbeiter ist. Nach den Anordnungen in dem Begleitfchreiben sollen die Arbeitskräfte durch die Arbeitsämter besogen werden. Der Reichsarbeitsminister macht darüber nähere Ausführungen, die für die Bauarbeiter ganz besonders beachtlich sind. Danach dürfen Selbsthilfeleistungen als Eigenkapital — das 30 % der Baukosten betragen soll — angerechnet werden. Diese Bestimmung, die unser Bundesvorsitzender Kollege Bernhardt in den Vorbesprechungen nachdrücklich gefordert hat, ermöglicht es den Bauarbeitern, die den größten Teil der Arbeiten selbst ausführen, auch bei geringem Eigenkapital als Bewerber um ein Reichsdarlehen aufzutreten.

Das Begleitfchreiben des Reichsarbeitsministers enthält ferner noch eine ganze Reihe sehr wesentlicher Einzelheiten, auf deren Wiedergabe wir jedoch aus Raumgründen verzichten müssen. Hier soll nur noch darauf verwiesen, daß die Bemilligung von Reichsdarlehnen eingestellt werden soll, wenn der Bauherr ansieht, womit dem Versuch etwaiger Preisbrecheren am Bauoffmarkt entgegengetreten werden soll.

Die Bestimmungen selbst belegen noch, daß die Darlehen in den Rechnungsjahren 1933 und 1934 ausbezahlt werden sollen. Als Eigenheime gelten Einfamilienhäuser (Einzelhäuser, Doppelhäuser oder Reihenhäuser). Der Einbau einer zweiten Wohnung ist zulässig. Die Häuser müssen den Anforderungen entsprechen, die an gesunde, zweckmäßig eingeteilte und solide gebaute Dauerwohnungen zu stellen sind, so daß sie von privaten und öffentlichen Geldinstituten besolien und von Feuerversicherungsanstalten ohne Gehörung der wirtsch. Prämie versichert werden können. Jedes Haus muß mindestens enthalten: einen Wohn- und Kochraum (getrennt oder als Wohnküche), einen Schlafraum und einen weiteren Wohn- oder Schlafraum, sowie Keller, Waschküche und Nebenräume. Die für einen kleinen Wirtschaftsbetrieb erforderlichen Baulichkeiten und sonstigen Anlagen, insbesondere solche, die der Selbstversorgung des Bewerbers dienen, dürfen zugelassen werden. Die Herstellungskosten des Eigenheims einschließlich aller Nebenkosten, jedoch ausschließlich der Kosten des Grunderwerbs und der Geländeerwerbungs, sollen in der Regel 8000 M nicht übersteigen. In besonders gelagerten Fällen dürfen die Kosten bis zu 10.000 M betragen. Ist eine zweite Wohnung eingebaut, so beträgt die Kostenhöchstgrenze 12.000 M. Es dürfen nur solche Eigenheime berücksichtigt werden, deren Kosten angemessen und deren Zinsen für den künftigen Eigentümer voraussichtlich auf die Dauer wirtschaftlich tragbar sind. Im besonderen müssen die Aufschlagskosten und Anliegererstattungen niedrig gehalten werden. Die Gemeinden (Gemeindeverbände) dürfen hierfür lediglich die Selbstkosten berechnen. Eigenheime, deren Bau vor Erstellung des Darlehensbeschlusses begonnen worden ist, dürfen nicht berücksichtigt werden.

In erster Linie sind Bewerber zu berücksichtigen, die aber besonders viel Fremd- und Eigenkapital verfügen. Dabei sind Schwermühtgeschädigte und Kinderreiche sowie solche Bewerber zu bevorzugen, die die Gewähr dafür bieten, daß sie den Lebensunterhalt ihrer Familien durch den Ertrag des Grundstücks im Wege der Selbstversorgung erleichtern werden. In jedem Fall muß der Bewerber Eigenkapital in Höhe von mindestens 30 % der Bau- und Nebenkosten zugänglich des Wertes von Grund und Boden nachweisen können. — Das Reichsdarlehen ist so niedrig zu halten, wie die Lage des Einzelfalls es zuläßt. Es soll

In der Regel 1500 M nicht übersteigen. In besonderen Fällen darf es bis auf 2000 M erhöht werden. Ist eine zweite Wohnung eingebaut, so darf das Reichsbauarlehen um einen weiteren Betrag bis zu 1000 M erhöht werden. Für Eigenheime, die für Familien mit vier und mehr im elterlichen Haushalt lebenden Kindern bestimmt sind, darf ein zusätzliches Reichsbauarlehen bis zu 500 M gewährt werden, falls neben den oben bezeichneten Räumen ein dritter Schlafraum eingebaut wird. Das Bauarlehen darf ausschließlich zum Zweck der Zahlung von Zinsen für ein Darlehen in keinem Fall mehr als 25 % der Bau- und Bodenbeiträge. — Das Bauarlehen ist von der Auszahlung an zu verzinsen und vom 1. Januar des auf die Auszahlung folgenden Kalenderjahres an mit 1 % jährlich zusätzlich der erparten Zinsen zu tilgen. Die Höhe des Zinsfußes beträgt 4 %, falls das Reichsbauarlehen einschließlich der ihm im Range vorgehenden oder im Range gleichstehenden Rechte mit höchstens 40 % der Bau- und Bodenbeiträge zusätzlich des Wertes von Grund und Boden ausfällt. Uebersteigt das Reichsbauarlehen diese Wertgrenze, so beträgt der Zinsfuß für den ganzen Kapitalbetrag 5 %. Neben Zins und Tilgung ist eine laufende jährliche Verwaltungsgebühr von 1/2 % des ursprünglichen Kapitals zu entrichten. Bei der Auszahlung des Darlehens darf eine einmalige Bearbeitungsgebühr von höchstens 1/2 % abgezogen werden. Der Schuldner kann das Darlehen jederzeit ganz oder teilweise zurückzahlen.

Die Reichsbauarlehen werden durch die Länder im Namen des Reiches ausgestellt. Der Antrag auf Bewilligung eines Reichsbauarlehens ist von dem Bauantraggeber vor Baubeginn zu stellen. Dabei hat er nachzuweisen, daß die nötige Finanzierung des Vorhabens einschließlich der Zuschußfinanzierung einwandfrei gesichert ist. Sind alle Voraussetzungen gegeben, so ist ein Bewilligungsbefehl zu erteilen. Der Befehl hat die Höhe des bewilligten Darlehens, den Zeitpunkt, bis zu dem der Bau spätestens fertiggestellt sein muß, sowie den Zeitraum anzugeben, innerhalb dessen es ausbezahlt wird. Auszahlung in Raten ist zulässig. Durch den Befehl entsteht ein Rechtsanspruch auf spätere Auszahlung eines Reichsbauarlehens. Die Auszahlung ist von der Einhaltung des Bauplans, von der Fertigstellung des Baues zu dem in dem Befehl festgelegten Zeitpunkt sowie davon abhängig zu machen, daß der Bau nicht in Schwarzarbeit ausgeführt wird. — Die Einzelheiten der Durchführung der Bestimmungen regeln die Länder.

Winterzuschläge in der Arbeitslosenversicherung.

Durch die Verordnung zur Ergänzung von sozialen Leistungen vom 19. Oktober 1932 ist den Arbeitslosen für diesen Winter großzügig eine Winterhilfe versprochen worden. Diese Beihilfe, die erstmalig für die Arbeitslosen, deren Zahlung auf den 8. November fiel, ausbezahlt wurde, hat sich als großer Bluff erwiesen. Unter Winterzulage versteht jeder vernünftig Denkende eine merkliche Aufbesserung der durch die Notverordnung vom 14. Juni d. J. stark gekürzten Bezüge der Alu-Empfänger. Wie verhält es sich jedoch in Wirklichkeit? Winterzulage erhalten nur die Unterfühlungsempfänger, die nach den Lohnklassen I bis VI unterstellt werden und mindestens einen Zuschlagsberechtigten Angehörigen haben. Die Winterzulage ist in allen Lohnklassen gleich hoch. Sie besteht aus dem Betrag der Zahl der Zuschlagsberechtigten, und zwar erhalten Arbeitslose mit 1 oder 2 Zuschlagsberechtigten 2 M, Arbeitslose mit 3 oder 4 Zuschlagsberechtigten 3 M, Arbeitslose mit mehr als 4 Zuschlagsberechtigten 4 M. Die Zahlung der Zulage ist unabhängig von der Prüfung der Hilfsbedürftigkeit, der sich nach der Notverordnung vom 14. Juni 1932, nach Ablauf von 6 Wochen Alu, jeder Arbeitslose unterwerfen muß. Die Unterfühlungsempfänger, deren Unterfertigung sich nach den Lohnklassen VII bis XI richtet, sind jedoch grundsätzlich von der Winterbeihilfe ausgeschlossen. Die Unterfühlungsempfänger dieser Lohnklassen sind jedoch ebenfalls die Beihilfe erhalten, wenn der entsprechend ihrer Lohnklasse vorgesehene Unterfühlungsbeitrag niedriger ist, als der Satz der Unterfühlungsempfänger aus Lohnklasse VI einschließlich der Winterzulage. Sie erhalten jedoch nicht die volle Winterzulage, sondern nur den Differenzbetrag, der entsteht zwischen dem Unterfühlungsbeitrag der Lohnklasse VI einschließlich Winterzulage und den Unterfühlungsbeiträgen der Lohnklassen VII bis XI niedriger sind. Die Berechnungsmethode ist aus den nachstehenden Tabellen zu ersehen.

Aus den Tabellen sind die Alu- und Krn-Gehälter, die nach der Ausführungsverordnung vom 27. Juni d. J. als Höchstgehälter gelten, einschließlich des Winterzuschlages abzulesen. Die Unterfühlungsbeiträge ohne Zuschlagsberechtigte Angehörige sind in den Tabellen nicht enthalten, da sie für den Winterzuschlag nicht in Betracht kommen. Der Winterzuschlag wird in der Sonderklasse A nur für die Lohnklassen I bis VI gezahlt. Die Unterfühlungsempfänger der Lohnklassen VII bis XI geben gänzlich leer aus, weil die Gehälter dieser Klassen höher sind, als der Unterfühlungsbeitrag der Lohnklasse VI einschließlich der Winterzulage. In den Ortsklassen B und C erhalten die Unterfühlungsempfänger die durch Umrahmung in den Tabellen besonders gekennzeichneten Differenzbeträge zu ihrer Unterfühlungsbeiträge. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die in der Tabelle enthaltenen Unterfühlungsbeiträge nur Höchstgehälter sind und enthalten den Winterzuschlag. Der Betrag der Hilfsbedürftigkeit entspricht dem Unterschied zwischen dem Arbeitslohn gekürzt werden können. In der Krisenunterfertigung werden diese Tabellenätze nach dem Grade der Hilfsbedürftigkeit gewährt, wobei zu beachten ist, daß die Krn nicht höher sein darf als der Höchstlohn der öffentlichen Fürsorge. Er darf bei der Gewährung der Krn nur dann überschritten werden, wenn das auch in öffentlicher Fürsorge der Fall ist.

Wenn beispielsweise ein Unterfühlungsempfänger der Lohnklasse VIII und Ortsklasse B mit 2 Zuschlagsberechtigten in den ersten 30 Tagen seiner Arbeitslosigkeit den Höchstlohn von 12 M erhalten hat, so kann nach Ablauf der Zeit oder bei der folgenden Krisenunterfertigung, sofern die Gemeinde die Hilfsbedürftigkeit nur teilweise besetzt, dieser Höchstlohn gekürzt werden, nehmen wir an auf 10 M. In diesem Falle würde sich die Winterzulage nicht nach dem gekürzten Satz von 10 M richten, sondern nach dem in den Tabellen entsprechend der Lohnklasse VIII vorzulesenden Höchstlohn (12 M). Bei der Tabellenatz der Lohnklasse VI zusammen mit der Winterzulage 12,80 M beträgt, wäre der Differenzbetrag zwischen dem Höchstlohn der Lohnklasse VIII

Hermann Müller-Lichtenberg

Am 18. November verstarb der frühere stellvertretende Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Hermann Müller, Lichtenberg. In ihm verlor die Gewerkschaftsbewegung einen ihrer besten Kämpfer. Der Verstorbenen hatte in letzter Zeit mehrfach geäußert, sich zur Ruhe setzen zu wollen. Aber da kam plötzlich der Tod und lehrte unter der Lebensarbeit unseres Freundes den Schlußstrich. Hermann Müller erreichte ein Alter von 84 Jahren. Von Beruf war er Lithograph. Jahrbuchverlag auch in seiner Berufsorganisation tätig, war er von 1898 bis 1900 Redakteur am Bochumer Parteiblatt. 1900 folgte er einem Ruf nach Bremen als Arbeitersekretär, wo er mit Friedrich Ebert zusammen arbeitete. 1905 wurde er in das von der Generalkommission der Gewerkschaften geschaffene Arbeitersekretariat berufen. 1922 trat er die Redaktion des „Korrespondenzblattes“, des Vorläufers der heutigen „Gewerkschafts-Zeitung“, ein. 1924 wurde Hermann Müller zum stellvertretenden Vorsitzenden des ADGB gewählt. Er war der geborene Sozialpolitiker und als solcher aberaus fruchtbar. Auch in schriftstellerischer Hinsicht sowie im täglichen Kampf war er unentwegt tätig. Als Sozialpolitiker wurde er von den Gewerkschaften als Vertreter in das Internationale Arbeitsamt ernannt, wo er seit 1924 ununterbrochen der stimmungsführende deutsche Arbeitervertreter auf den internationalen Arbeiterversammlungen war. Hermann Müller war auch Mitglied des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamts und gehörte ferner einer großen Zahl von Ausschüssen an, so unter anderem dem Ausschuss für die Fragen des Arbeitsmarktes und den Ausschüssen für Gemeindegewinn und Unfallversicherung. Die Internationale Arbeitsorganisation vertrat Hermann Müller im Völkerbundsausschuss für Flüchtlingssachen sowie in dem beratenden Wirtschaftsausschuss des Völkerbundes. Ueberall stand er seinen Mann.

Mit den Arbeitern der ganzen Welt werden auch wir ihm ein dauerndes und ehrendes Andenken bewahren. Das geschieht am nachdrücklichsten dadurch, daß wir alle, jeder einzelne auf seinem Platz, im Sinne unserer gewerkschaftlichen Ideen mit der gleichen Herzlichkeit und mit dem gleichen festen Willen wie Hermann Müller weiter kämpfen für die Freiheit der Arbeiterklasse, für die Überwindung der kapitalistischen Wirtschaft, für eine bessere Gesellschaftsordnung!

(12 M) 80 %, die als Zulage tatsächlich in Betracht kämen. Der Betreffende würde also wöchentlich 80 % Winterbeihilfe erhalten. Diese Zulage wird zu der tatsächlich gewährten Unterfertigung (in unserem Beispiel 10 M) hinzugerechnet, so daß als Wochenbetrag 10,80 M ausbezahlt werden.

Der Winterzuschlag wird nur für 6 zusammenhängende Wochentage gezahlt; er ist nur auf die volle Woche abgestellt, so daß Bruchteile für 1 bis 5 Unterfertigungstage nicht ausbezahlt werden. Einzelteile, die durch Zusammenbeschäftigung oder aus sonstigen Gründen unverkäuflich bleiben, werden später, wenn der Arbeitslose aus der Hauptunterfertigung ausscheidet, zusammengerechnet. Ergeben sich dem mindestens 6 Unterfertigungstage, so wird die Zulage für diese Zeit nachgezahlt. Bei Veränderung der Zahl der zuschlagsberechtigten Angehörigen erfährt der Arbeitslose für die Zeit, in die die Veränderung fällt, den Zuschlag der nunmehrigen Angehörigenzahl.

Bei diesem Weihnachtsgeschenk an die Alu- und Krn-Empfänger feiert der Bürokratismus Triumphe. So großzügig die Winterhilfe angekündigt wurde, so käsiglich ist das Ergebnis.

Unterfertigungstabellen für die Gewährung des Winterzuschlages nach der Verordnung der Reichsregierung vom 19. Oktober 1932.

Lohnklasse	Hauptunterf. für 1 Zuschl. empfänger		Hauptunterf. für 2 Zuschl. empfänger		Hauptunterf. für 3 Zuschl. empfänger		Hauptunterf. für 4 Zuschl. empfänger		Hauptunterf. für 5 u. mehr empfänger	
	Wochentag	Zuschlag	Wochentag	Zuschlag	Wochentag	Zuschlag	Wochentag	Zuschlag	Wochentag	Zuschlag
I	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00
II	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00
III	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00
IV	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00
V	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00
VI	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00
VII	12,00	—	12,00	—	12,00	—	12,00	—	12,00	—
VIII	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—
IX	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—
X	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—
XI	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—

A. In Orten der Sonderklasse, der Ortsklasse A und in allen Orten mit mehr als 50 000 Einwohnern.

I	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00
II	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00
III	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00
IV	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00
V	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00
VI	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00
VII	12,00	—	12,00	—	12,00	—	12,00	—	12,00	—
VIII	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—
IX	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—
X	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—
XI	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—

B. In den Orten der Ortsklasse B (bis 50 000 Einn. einschli.) sowie in den Orten der Ortsklasse C bis E mit mehr als 10 000 Einn. (bis 50 000 Einn. einschli.).

I	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00
II	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00
III	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00
IV	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00
V	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00
VI	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00	11,10	2,00
VII	12,00	0,80	12,00	0,80	12,00	0,80	12,00	0,80	12,00	0,80
VIII	12,90	0,80	12,90	0,80	12,90	0,80	12,90	0,80	12,90	0,80
IX	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—
X	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—
XI	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—	15,60	—

C. In den Orten der Ortsklassen C bis E mit 10 000 Einwohnern und weniger.

I	5,70	2,00	5,70	2,00	5,70	2,00	5,70	2,00	5,70	2,00
II	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00	6,60	2,00
III	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00	7,50	2,00
IV	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00	8,40	2,00
V	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00	9,30	2,00
VI	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00	10,20	2,00
VII	11,10	0,50	11,10	0,50	11,10	0,50	11,10	0,50	11,10	0,50
VIII	12,00	0,50	12,00	0,50	12,00	0,50	12,00	0,50	12,00	0,50
IX	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—	12,90	—
X	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—	13,80	—
XI	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—	14,70	—

Wir fordern: Weiterbau des Mittellandkanals!

Vertreter der mittelländischen Wirtschaft, der Unternehmerverbände, der Gewerkschaften und der Behörden besaßen sich am 12. November in Leipzig mit dem Weiterbau des Mittellandkanals. Anlaß hierzu gab die Vereinfachung von Mitteln aus dem Wasserstraßenbaufonds des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung für die Weiterführung der Arbeiten am Nordflügel des Mittellandkanals. Die Vertreter der genannten Verbände und Behörden wandten sich dagegen, daß die Reichsregierung die Weiterarbeit am Nordflügel einseitig begünstigt, während sie den Südfügel unberücksichtigt läßt. Sie betonten die größere wirtschaftliche Bedeutung des Südfüßels, der eine wichtige Verkehrsader des mittelländischen Industriegebietes werden soll und wiesen auf die Bestimmungen des im Jahre 1928 zwischen dem Reich und den beteiligten Ländern abgeschlossenen Vertrages hin, nach dem die Ausführung des Nordflüßels gegenüber dem Südfüßel keine vertraglichen Vorrechte habe. In Anbetracht der ungeheuren Arbeitslosigkeit im mittelländischen Industriegebiet — sie ist hier weit höher, als der Reichsdurchschnitt — wird von der Reichsregierung die unverzügliche Herabgabe von Mitteln zur Weiterführung des Kanalbaues auch am Südfüßel gefordert.

Die Auffassung der Versammelten fand in einer einmütigen angenommenen Entschließung Ausdruck, in der an die Reichsregierung und an die beteiligten Länderregierungen das eindringliche Verlangen gestellt wird, daß mit dem Bau des Südfüßels zum Mittellandkanal sofort begonnen wird, zu diesem Zweck noch eine zusätzliche Summe für den ungenutzten Baubeginn des Südfüßels in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung zur Verfügung genommen wird, weitere Summen für den Südfüßel in den Reichshaushalt des nächsten und der kommenden Jahre eingestellt werden, so daß der Südfüßel zum Mittellandkanal gleichzeitig mit dem Nordflüßel fertiggestellt wird.

Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 31. Oktober 1932.

Bezirksverband	Beschäftigte Bau- gewerkschaften	Mitteltageslohn	Arbeitslosigkeit	
			Anzahl	%
Königsberg	7	11 037	8 767	79,4
Danzig	1	2 986	2 379	79,7
Stettin	61	12 199	9 546	78,2
Breslau	34	28 870	22 071	76,4
Berlin	60	36 466	26 641	73,1
Magdeburg	42	21 198	16 236	76,6
Erfurt	34	15 436	12 602	81,6
Frankfurt	17	24 618	20 769	84,4
Köln	12	12 443	11 319	91,0
Dortmund	12	12 498	11 412	91,3
Hannover	30	23 048	17 041	73,9
Bremen	30	11 859	9 750	82,3
Hamburg	45	23 552	19 738	83,8
Rostock	60	7 422	4 665	62,7
Dresden	31	47 178	36 522	77,4
Münster	29	13 176	9 834	74,3
München	27	8 665	6 902	79,6
Stuttgart	14	7 492	6 096	81,4
Karlsruhe	10	10 318	8 724	84,5
Zusammen	565	330 481	262 274	79,36

Die Arbeitslosigkeit liegt gegenüber dem Vormonat im Reichsdurchschnitt von 77,13 % auf 79,38 % = 2,23 %. In der gleichen Zeit des vorigen Jahres betrug der Reichsdurchschnitt 71,21 %. Er ist demnach in diesem Jahre um 8,15 % höher. Die Arbeitslosigkeit liegt in den Bezirksverbänden Königsberg um 2,3 %, Stettin 1,9 %, Breslau 1,4 %, Berlin 5,3 %, Magdeburg 1,8 %, Erfurt 1,9 %, Frankfurt 0,9 %, Köln 0,3 %, Dortmund 2,6 %, Hannover 0,8 %, Hamburg 0,1 %, Rostock 2,8 %, Dresden 2,7 %, Münster 6,1 %, München 0,7 %, Stuttgart 4,4 %, Karlsruhe 0,7 % und in Danzig um 6,8 %. Die Arbeitslosigkeit ging zurück im Bezirksverband Bremen um 0,2 %. Von den Hauptberufsgruppen sind bei den Maurern 84,2 % (Vormonat 81,4 %), bei den Bauhilfsarbeitern 82,8 % (80,9 %) und bei den Tischarbeitern 75,1 % (74,0 %) arbeitslos. Von den Leibern sind 36,3 % ohne Arbeit.

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter. Geplant ist wegen unterfertigter Lohnzahlung in Norden die Arbeiten der Firma Wiedersich, in Wülffer das Baugeschäft Johannes Gieners, in Otterndorf die Bauarbeiten des Unternehmers Schufft aus Otterndorf beim Landwirt Hamm.

Fäbper: Geplant ist in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf.

Lohnverhandlungen für die Rheinprovinz. Die Unternehmer für das Hoch- und Tiefbauwesen verlangten eine andere Regelung der Ortsklasseneinteilung, besonders für einige ländliche Lohngebiete. Eine Einigung darüber konnte nicht erzielt werden. Der Schlichter vom Rheinland, Dr. Jockens, entschied über die kritischen Punkte. Die Ortsklassen I, II und III bleiben danach fast unverändert, während für die übrigen Ortsklassen durch teilweise Umstellung von Orten auf eine andere Regelung entschieden wurde. Der „Raub“ beteiligte sich nicht an den Verhandlungen. Er tritt aus telegraphisch die Abstimmung sämtlicher Lohnsätze mit den Bauarbeitern ab, was diese Schlichter beabsichtigen.

Holland. Im Haag stehen die Stukkatoren im Streik, auch in anderen Orten Hollands drohen ernste Differenzen. Kein deutscher Stukkatore darf nach Holland gehen.

Auf jeder Baustelle
wo mehr als 5 Versicherte beschäftigt sind
verlangt Verbandskasten!

Werbe- und Bildungsarbeit

Verwendung von Zeitungen in den Arbeitsgemeinschaften. Da heute nur wenig Bücher gekauft werden können, ist es nicht nur zweckmäßig, sondern auch eine Notwendigkeit, mehr als bisher auf Zeitungen zurückzugreifen. Da aber in einem Aufsatz selten alle ein Problem erschöpfenden Fragen behandelt werden, empfiehlt es sich, die in den Gewerkschafts- und Parteizeitungen, aber auch die in der gegnerischen Presse zu einem bestimmten Problem erscheinenden Aufsätze systematisch zu sammeln. Sie können dann für Aussprachen benutzt werden. Man weise einigen Teilnehmern bestimmte Sammelgebiete zu. Der Baugewerkschaftsleiter kann dann diesen Kollegen durch seine Verbindungen einige Zeitungen zugänglich machen. Diese billige Art der Materialbeschaffung ist leicht durchzuführen. Durch systematisches Sammeln wird gleichzeitig ein aufmerksames und kritisches Lesen der Zeitungen gefördert.

Erfahrungen in den Arbeitsgemeinschaften. Die Baugewerkschaften, die beim Einrichten und Durchführen von Arbeitsgemeinschaften bereits Erfahrungen gesammelt haben werden gebeten, dem Bundesvorstand hierüber zu berichten. Stenbal. Hier sind augenblicklich nur 7 Beiräte. Die Jugendveranstaltungen können deshalb nur mangelhaft besucht werden. Aus diesem Grunde wird jetzt eine Arbeitsgemeinschaft für junge Kollegen und Funktionäre gegründet, in der aktuelle Fragen und solche fachlich-wirtschaftlicher Art behandelt werden sollen.

Saarbrücken. Im Oktober sind an 10 Tagen Schilder vorgeführt worden. Im Durchschnitt waren in jeder Zahlstelle 33 Besucher anwesend; in Saarbrücken selbst waren etwa 90. Die Vorträge haben gut angefallen. Sie werden fortgesetzt.

Jugendwerbung. Gleichzeitig mit allen freien Gewerkschaften wird eine Werbung unter dem Jungvolk durchgeführt. Dafür stehen zwei vom WGB herausgegebene Flugblätter: „Gewerkschaftsjugend wirkt“ und „Stehe nicht abseits!“ zur Verfügung. — Selbst überall das Jungvolk den freien Gewerkschaften zuführen!

Baugeschichte in 5000 Jahren. Wir kennen die Geschichte von Fürsten und Königen, von Beutezügen, Eroberungen und „Selbstentfater“. Aber man kennt wenig von der Geschichte der Bauarbeit. Wer durch alle Städte wandert, der kann an alten Bauten ersehen, wie Bauarbeiter damals dachten und werkten; der Beschauer kann im wahrsten Sinne des Wortes gebaute Geschichte lesen. Wer



BAUGESCHICHTE IN 5000 JAHREN

dann noch Gelegenheit hat, in andern Ländern Leberreste von Bauten alter Völker zu studieren, der wird finden, daß diese „geschriebene“ Geschichte deutscher als Bücher vom Leben vergangener Jahrhunderte erzählen. — Die Schilderreihe „Baugeschichte in 5000 Jahren“ berichtet von älteren bis zu neuesten Bauten. Sie ist vielen Kollegen schon bekannt. Sie verdient, in allen Baugewerkschaften bekannt zu werden. Anfordern!

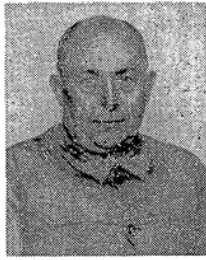
Aus den Baugewerkschaften

Chemnitz. (Die stets „fahrende“ RGD.) In Delenitz führen die Unternehmer Wäg & Laß einen eiligen Erweiterungsbau aus. Bei diesen Arbeiten beschäftigen sie menschenfremde Leute aus in den Monaten Juni/August. Sie benutzen deshalb die Notverordnung vom 5. September dazu, die Löhne für die 31. bis 40. Stunde um 50 % zu senken. Die Belegschaft nahm diese Maßnahme ohne Gegenwehr hin. Einige Wochen später erschien dann die RGD auf dem Plan. Der Streik wurde beschlossen und die Arbeit niedergelegt. Von der ganzen Belegschaft waren jedoch nur drei Mann freigewerkschaftlich organisiert, und zwar einer im Baugewerksbund, einer im Zimmerverband und einer im Metallarbeiterverband. In der Hoffnung, von der RGD Streikunterstützung zu erhalten, traten acht Streikende diesem Gebilde bei. — Der Streik ging verloren; er mußte verloren gehen, weil mit einer unorganisierten Belegschaft ein Kampf nicht zu führen ist und weil die RGD weder faktisch noch finanziell etwas leisten kann. Natürlicher sollte man auch die allgemeine große Arbeitslosigkeit nicht in Rechnung. Nach einer Woche Streik war die Baustelle mit früher dort nicht beschäftigten Leuten wieder vollständig besetzt. Der Streik mußte ohne jeden Erfolg abgeblieben werden. Nur drei Mann von der früheren Belegschaft wurden wieder aufgenommen, die übrigen blieben auf der Strecke. So „führt“ die RGD. Natürlich hatte während des Kampfes das Kommunistenblatt das Maul weit aufgerissen, es schrieb sogar, die Baustelle sei von Streikbrechern gereinigt und die Kampfront stehe fest. Als dann die Niederlage da war, fand das Blatt keine Worte mehr. Vielmehr werden die unorganisierten Arbeiter, die auf diese Weise von der RGD mißbraucht werden und mit ihrem Schicksal spielen lassen, mit der Zeit auch noch einmal gehäutet. (Zur eine straf organisierte Belegschaft kann unter den heutigen Verhältnissen bei einem Streik auf Rechnung gehen?)

Wöblen. Wie hat eine Versammlung so guten Anklang gefunden wie die unsrige gegen Ende vorigen Monats. Kol-

lege Richter sprach über „Kampf dem Kapitalismus und der Reaktion“. Schade, daß sich nicht alle Kollegen den hochinteressanten Vortrag angehört haben. Der Vortragende zeigte, wie aus Strukturänderungen der Wirtschaft immer größeres Elend erwächst, und sagte den Feinden des Proletariats (Schärfen Kampf an. Wenn wir uns bei diesem Kampf parteipolitisch nicht zusammenfinden können, so müssen wir es gewerkschaftlich tun. — Beim Bericht des Ortsausschusses entspann sich eine lebhafte Aussprache, die ihren Niederschlag in einer Entschließung fand, in der u. a. darauf hingewiesen wurde, daß die Bauarbeiter auch in der politischen Bewegung stets an erster Stelle stehen und dementsprechend auch von der Partei Berücksichtigung fordern.

Dresden. (Karl Köhler im Ruhestand.) In der Gruppe der Fachgruppe herangezogene Kollege Karl Köhler ist nach 18jähriger Gaukassierertätigkeit in den Ruhestand getreten.



Mehr als 35 Jahre hat er sich ununterbrochen für unsere Kollegenarbeit eingesetzt, so daß ihm nach dieser langen Dienstzeit seine Ruhepause zu gönnen ist. Er lebt erst im 58. Lebensjahre. Er hätte noch manches Jahr für uns tätig sein können, aber ein inneres Leiden erschwerter ihm seine Tätigkeit bereits seit zwei Jahren, so daß er nunmehr nach vieler Krankheit endgültig ausscheiden mußte. Kollege Köhler arbeitete mit großem Interesse auch an den besonderen Berufsfragen seiner Fachgruppe. Wir danken ihm für seine aufopfernde Tätigkeit und wünschen ihm einen angenehmen Lebensabend!

Frankfurt a. O. Trotz aller gegenwärtigen Wirrnisse, oder gerade deswegen, hatte der Vorstand unserer Baugewerkschaft zu einer schlichten Feier am 5. November eingeladen, in der es galt, sechzig Kollegen zu ehren, die nunmehr auf eine 25jährige Mitgliedschaft zurückblicken können. Eingeleitet wurde die Feier mit einem von einem Jugendkollegen gut vorgetragenen Vortragswort, worauf Kollege Köhler die Festrede hielt, in der er in eindringlichen Worten den Werdegang der Gewerkschaften schilderte und ihrer Opfer und Leistungen gedachte. Er rief die Jugend auf, Sachwalter und Hüter ihrer Gewerkschaft zu sein. — Im Namen der Jubilare dankte Kollege Otto Mittag. Ein beifallsfreudig aufgenommenes Hans-Sachs-Spiel unserer Jugendgruppe leitete dann über zum heiteren Teil der Feier. Nach einigen lustigen Vorträgen und nachdem kräftig das Tanzbein geschwungen war, trennten sich die Kollegen mit einem kräftigen „Freiheit!“

Köfnitz. Auch die hiesige Baugewerkschaft kann bereits auf eine stattliche Anzahl von Kollegen zurückblicken, die unserer Organisation 25 Jahre und länger die Treue bewahrt haben. In diesem Jahre wurden wieder elf Kollegen durch Leberreicherung der silbernen Nadel und der Ehrenurkunde geehrt. Von den Jubilaren gehören acht der Zahlstelle Köfnitz und drei der Zahlstelle Köben an. In Köfnitz hatten sich die Mitglieder mit ihren Angehörigen zu einer schlichten, aber wirkungsvollen Feierkunde versammelt. Ein Doppelquartett des Freien Volkschors brachte einigelieder wirkungsvoll zum Vortrag. Deklamationen eines Jugendkollegen verflochten ebenfalls die Feier. In Köben war Kollege Köfer vom Bezirksvorstand erschienen, um im Anschluß an eine Mitgliederversammlung die Jubilare zu ehren. In treffenden Worten schilderte er den Werdegang unserer Organisation und stellte die Verdienste unserer Kämpfer ins rechte Licht. In beiden Orten beschloßen einige Stunden gemächlichen Beisammenseins die gutgelungenen Veranstaltungen.

Krefeld. (Durch Nazibanden ermordet.) Einer unserer besten, der Kollege Thomas Jgl., Zahlstelle Moers, ist am 31. Oktober von seiner Nazi-Mörderhand erschlagen worden. Als Jgl. sich mit einem Bruder — von der Arbeitsstelle kommend — auf dem Heimweg befand, wurden sie von einer Nazi-Kolonne des Freiwililigen Arbeitsdienstes überfallen, weil sie an die Heil-Hüter-Rufe nicht eingingen. Mehrere Nazis sprangen deshalb auf die beiden Brüder zu und verletzten sie unter ständigen Drohungen. Da ihre Lage wegen der Lebermacht immer bedrohlicher wurde, schickte der ältere Bruder den jüngeren nach der nahegelegenen Wohnung, um von dort Hilfe zu holen. Darauf eilten zwei weitere Brüder herbei. Inzwischen war die ganze Nazi-Kolonne von 30 Mann mit Spaten und dicken Knütteln bewaffnet angedrückt und hatte Thomas Jgl. umzingelt. Als die Brüder hinzukamen, um zu helfen, schlug die ganze Bande mit Spaten und Knütteln auf sie ein. Die Weissten ließen erst von ihren Opfern ab, als sie schwere Verletzungen davongetragen hatten und blutüberströmt zusammenbrachen. Ja, die Nazis schlugen sogar dann noch auf Thomas mit ihren Knütteln ein und warfen noch mit großen Steinen nach ihm, als die Mutter ihren Sohn blutüberströmt in den Armen hielt. Hochbetriegt von ihren Helferten zogen sie sich darauf zurück, und drohen in der Nacht wiederkommen zu wollen, um das Haus zu stürmen und die Wunde in Brand zu stecken. Des ihrem Wagemutigen nahmen sie noch ein Fahrrad und den Mantel eines Familienmitglieds mit. — Thomas Jgl. wurde in bewußtlosem Zustande dem Krankenhaus zugeführt, wo er noch in der gleichen Nacht seinen Verletzungen erlag. Er war allgemein als ruhiger und stiller Arbeiter bekannt. An der Beerdigung nahmen etwa 3500 Personen teil. Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten! — Josef Jgl. entlieh ebenfalls schwere Verletzungen, während die übrigen Brüder mit leichteren Verletzungen davonkamen. Dafür wurden sie — die Leberfalken — mit vier Nazis von der Staatsanwaltschaft in Haft genommen.

Stendal (Jubilarefeiern). In Stendal konnten in diesem Jahre wiederum 19 Kollegen auf eine freundschaftlich-jubilare Mitgliedschaft zurückblicken. In der zu Ehren dieser freien Kämpfer veranstalteten schlichten Jubilarsfeier wies Kollege F. Hiele von der Bezirksleitung in treffenden Worten auf die Erfolge der Bauarbeiterchaft hin, an denen insbesondere auch unsere Jubilare mitgearbeitet haben. Die jüngeren Kollegen mögen nun nicht etwa auf den Lorbeer der Alten ausruhen, sondern den Druck an sie durch die Tat beweisen und mitarbeiten an

der Befreiung der Arbeiterklasse. — Auch in der Zahlstelle Tangehütte galt es, Jubilare zu ehren; zugleich konnte die Zahlstelle selbst auf ihr fünfundsiebenzigjähriges Bestehen zurückblicken. Die Kollegen F. Hiele und K. o. a. gedachten der Laten unserer Jubilare und schilderten die Entwicklung der örtlichen Bewegung unter den fünf Jubilaren besond. sich auch der Gründer der Ortsgruppe, der Kollege K. i. e. w. a. n. d., der noch heute in seinem Heimatorte als stillschweiger tätig ist. Möge die Treue dieses Kollegen allen als Vorbild dienen!

Witzburg. Es gibt noch Unternehmern, die so etwas wie „Reue“ empfinden; wenn sie aus hinterher kommt. Wir hatten gegen die Beson- und Monierbau W. O. Witzburg Klage erhoben wegen unlauteren Wettbewerbs. Gleichzeitig hängten wir bei der Schlichtungskommission wegen untauglicher Entlohnung ein Verfahren an. Diese verurteilte die Firma e. n. f. i. m. m. i. g. zu Zahlung und Nachzahlung. Darauf einigte sich die Firma mit uns dahin, daß sie den Differenzbetrag von 473,32 M. zu Händen unseres Geschäftsführers nachzahlt, wenn wir die Klage wegen unlauteren Wettbewerbs zurücknehmen. Das geschah, weil wir bei freiwilliger Anerkennung unserer Tarifrechte an einer gerichtlichen Ausragung nicht mehr interessiert waren. — Den Bundeskollegen an der Stauffe Erlebnisse (Firma Woll u. Holzmann) zur Kenntnis, daß der Lohn für Facharbeiter nunmehr 70 % und für Tiefbauarbeiter 58 % (nicht 53!) beträgt. Bei der Firma Buchner & Wähler dagegen an derselben Baustelle beträgt der Lohn für Facharbeiter auch fernerhin 80 %, für Tiefbauarbeiter 60 %.

Politische Zeitnotizen

Das Herrenkabinett gestürzt! Dem ehemaligen (schneidigen) Major und Herrenreiter Franz von Papen ist es nicht gelungen, über alle politischen Hindernisse hinwegzusetzen. Zweimalige Reichstagswahlen brachten diesem Kanzler keinen Erfolg, was nunmehr bekam er von allen großen in Betracht kommenden Parteien mehr oder weniger entscheidende Aufträge, sogar die Wörte konnte sich dem Eindruck dieses politischen Niedertrugs nicht entziehen. Damit war das Schicksal der Kanzlerchaft Papens entschieden. Die deutlichste Aufgabe bekam Herr von Papen von der Sozialdemokratie, deren Fraktion am 15. November e. n. f. i. m. m. i. g. beschloß, der Einladung des Kanzlers von Papen zu einer Unterredung nicht zu folgen. Die Versammlung, die er beschwor, gebe ihm nicht das Recht, Verhandlungen zu führen, sie verpflichte ihn zum Rücktritt. Herr von Papen habe in seinen öffentlichen Reden die Parteien verunglimpft und die, die sich seiner Politik entgegenstellten, als Feinde des Volkes bezeichnet. Sein ganzes Verhalten mache ihn als Verhandlungspartner für die Sozialdemokratische Partei ungenügend; er sei der Sachwalter einer winzigen Minderheit, die sich in rücksichtsloser Wahrnehmung ihrer Klasseninteressen nicht scheue, über die Grundgesetze der deutschen Republik und des deutschen Volkes hinwegzugehen. In aller Öffentlichkeit erhebe die sozialdemokratische Fraktion ihre Stimme gegen eine Politik, die sich mit jedem Schritt von dem Boden des Rechts immer weiter entferne. Sie fordere den Rücktritt dieser Regierung. — Dies der Inhalt der Erklärung. Ein Blick in die kommunistische Presse in diesem Zusammenhang ist interessant. Die „Rote Fahne“ durfte noch am 15. November ihren bewahrenswerten Lesern die Lage aufzeigen, was und weshalb Papen gehen zu Papen, um die volle Vereinfachung der SPD, zur „reibungslosen Zusammenarbeit“ mit Papen und Schuler, erneut zu bekunden. „Die SPD verhandelt mit Papen“, so ließ es in der „Roten Fahne“ in diesen Lesern. Und der weitere Schemon sieht so aus: „So fallen die Masken und immer deutlicher wird offenbar, daß alles Lug und Trug ist, was die Hüter und Wels im Wahlkampf gepredigt haben, um sich vor den Werkstätten als „Kämpfer“ gegen die Papen-Regierung aufzuspielen.“ Nachdem nun aber die großen Parteien im Reichstag den Sturz des unfähigsten und reaktionärsten aller Kanzler der Republik beigegeben, bemüht sich die „Rote Fahne“ krampfhaft, dieses Faktum als eigenen Erfolg auszuweisen. Großschönung wird erklärt: „Proletarische Offensive prengt Papen-Rabinnett!“ In dem Rücktritt Papens kommt die mächtig sich entfaltende Kraft der proletarischen Offensive zum gewaltigen Ausdruck! Welche Leberbeugung und welche tiefe Einschätzung der Dummheit ihrer Leser! Ein Prozent Rückschlag der J. O. Farben an der Wörte hat heute mehr politische Macht als 100 Kommunistenmandate im Reichstag! Und wäre der Sturz der Papen-Regierung ausschließlich das Werk der klugbewußten Arbeiter, dann würden sie auch die Macht haben, eine Regierung an die Stelle der Arbeiter-Rückschlag nimmt. Zudem hat sich die kommunistische Partei durch ihre eigene Politik demagen isoliert, daß sie im staatspolitischen Leben überhaupt keine Rolle spielt. Wir aber stellen anlässlich des Sturzes des Herrn von Papen nunmehr die Forderung an die Arbeiterchaft, im Kampfe gegen die Reaktion, im Kampfe gegen den Faschismus, dessen Gefahr für Deutschland noch bei weitem nicht überwunden ist, einig und frei in der Bekämpfung dieses Hauptfeindes der Arbeiterchaft zusammenzustehen. Wird dies befolgt, dann ist das 100 000mal mehr wert als der läghafte dramatisierende Phrasendusch in der „Roten Fahne!“

Verlängerter „Burgfrieden“. Der Reichspräsident hat neu verordnet, daß das Verfallensverbot der sogenannten Burgfriedensverordnung bis zum 2. Januar nächsten Jahres verlängert wird. Wahlveranstaltungen sind von dem Verbot ausgeschlossen. Damit steht das politische Verfallensrecht in Deutschland nur noch auf dem Papier. Jeder äußere Anlaß zu dieser Maßnahme fehlt. Da taucht die Frage auf: Was soll denn eigentlich gespielt werden?

Kommunistisches für das Bürgerum — Wollschweißliches für die Proleten. Anlässlich der Geburtstagsfeier Herzbar Hauptmanns konnte man im „Berliner Tageblatt“ in einem Artikel des Sowjetregisseurs Alexander Tairow über Hauptmann lesen: „Ein großer Lebensweg, ein rieflicher schöpferischer Weg des Philosophen, Dichters und Dramatikers. Der bedeutendste Künstler Deutschlands, der in seiner schöpferischen Persönlichkeit die mannigfaltige Kultur seines Landes vereinte. — Er zerstörte siegloch auf

Orenzen... Am gleichen Tage fanden sich in dem für die Berliner Proleten geschriebenen Mägenberg-Blatt „Berlin am Morgen“ aus Anlaß der Hauptmannschen Einleitung zu einer Goethe-Ausgabe die Sätze: „Was tut der Dichtersfürst Gerhart Hauptmann?... Flüchtig hingeworfenes, hochtrabendes, mit metaphysischen Seichtheiten angefülltes Artikeleinchen von vier Seiten, das über Goethe nichts, aber auch gar nichts aus sagt... Man lasse Gerhart Hauptmann doch Scham-Anrufer unterzeichnen und schlechte Dramen schreiben...“ Die „Note Fahne“ verfügte nicht über so viel eigenen Geist, selbst zu Gerhart Hauptmann Stellung zu nehmen. Sie schritt aus der „Klinkensurde“ einen Artikel aus. In ihm heißt es: „Solche Schriftsteller (wie Gerhart Hauptmann) sind nicht direkte Diener der Klasse, der sie angehören, weder im Sinne eines bewußten Vorkämpfertums (oder Klopffischerstums), der Klasseninteressen, noch im Sinne eines geschäftsmäßigen Bedienstens der jeweils herrschenden Strömungen in der Klasse. Hauptmann reproduziert wahllos alle Widersprüche der gesellschaftlichen Lage dieser Schicht (nämlich der liberalen Bourgeoisie), ihrer langen - nicht allzu ruhmvollen - Entwicklungsgeschichte von 1890 bis zum heutigen Tage... Sein Werk ist kein unmittelbarer direkter Ausdruck der Ideologie der liberalen Bourgeoisie.“ Mit diesem Wortgeklunker in einer Zeitung, die für Arbeiter geschrieben sein will, geht es durch zwei Spalten. Am Schluß wird dann als „Fazit“ festgesetzt: Hauptmann hat aber alles, was dieser Niederberg mit sich brachte (den ideologischen Niedergang seiner Klasse), widerstandslos mitgemacht und sich damit als Dichter - freiwillig, ehrlich, aber vollständig - prostituiert und zugrunde gerichtet.“ - Für in Sowjetrußland führende Bolschewisten ist Gerhart Hauptmann nach dem überschwenglichen Zeugnis Tatroffs in einem bürgerlichen Blatt „der bedeutendste Künstler Deutschlands“, den sie alle lieben und dem sie viel zu danken hätten; in der „Roten Fahne“ aber wird er, wahrscheinlich weil Hauptmann nicht der KPD angehöre, ein „hochtrabender seichter Schmierer“ genannt, der schlechte Dramen schreibt.

Fritz Vrolat. Wegen den in die Sklarek-Affäre verwickelten, zur Zeit des Berliner Verkehrstreiks noch zur Disposition gestellten Personaldirektors der BVG, Wenossen Fritz Vrolat, hat der Staatsanwalt das Ermittlungsverfahren wegen angeblicher Begünstigung „aus rechtlichen Gründen“ eingestellt. Was man Fritz Vrolat vorwarf, reichte nicht einmal aus zur Erhebung einer Anklage durch die Staatsanwaltschaft, geschweige denn, daß ein Gericht in dem Verhalten Vrolats etwas Strafbares hätte erblicken können. - Damit ist wieder einmal eine der ekelhaftesten Seiten zusammengebrochen, die heute in Deutschland Sitte geworden sind. Bemerkenswert ist noch, daß das Verfahren eingestellt wurde von dem nationalsozialistischen Oberstaatsanwalt, Herrn von Steinböcker, der, wenn sich auch nur das geringste Strafbare hätte nachweisen lassen, bestimmt eine so vortreffliche Gelegenheit, einem Marxisten ein auszuweichen, sich nicht hätte entgehen lassen.

Industriellengeldder für die NSDAP. In einem Rundschreiben des Nazilabgeordneten Dr. Wichmann heißt es: „Für den Fall, daß es manchem Industriellen nicht erwünscht erscheint, seine Wahlspenden an den Verband der Mittelständlichen Industrie mit der ausdrücklichen Weisung

der Weiterleitung an die NSDAP, zu senden, erkläre ich mich bereit, dieselben auf dem Konto meiner Firma „Fabrikwerke Dr. W. König“ künftig zu trennen. Können entgegenzunehmen.“ Wieder ein Beweis, daß die Nazis Geld von der reaktionären Schwerindustrie nehmen.

Die „Regierungsrat“ Hiltler sein Gehalt verdient. Der „Volksfreund“, das sozialdemokratische Organ in Braunschweig, kommt auf das Interview des braunschweigischen „Regierungsrat“ Hiltler mit einem Vertreter des Pariser „Deuvre“ zu sprechen, worin dieser dem französischen Journalisten gegenüber erklärte: „Ich bin unabhängig nach jeder Richtung. Ich brauche kein Geld; ich verdiene genug mit meinen Büchern, jedenfalls mehr als ich ausgeben kann.“ Anknüpfend hieran stellt der „Volksfreund“ fest, daß Hiltler vor einem Jahr mit der ausdrücklichen Verpflichtung seinen Posten als Regierungsrat in Braunschweig erhalten hat, Arbeitsaufträge für das Land herinzubringen. Statt dessen habe Hiltler bis heute keine Minute Dienst getan. Andererseits sei die Zahl der Arbeitslosen in Braunschweig weiter angeschwollen. Im Gegensatz zu allen anderen Beamten brauche der Regierungsrat Hiltler von seinen Nebeneinkommen nicht einen Pfennig abzuführen. Soweit das sozialdemokratische Blatt in Braunschweig. Es ist wirklich ein Skandal, daß der selbstherrliche Führer einer „Arbeiterpartei“ neben seinem sonstigen riesigen Einkommen, das niemand zu kontrollieren vermag, auch noch die 6000 M Gehalt als Regierungsrat einsteckt. Noch dazu wo diesem Staatseinkommen nicht die geringste Gegenleistung gegenübersteht!

Preisrätsel. Was ist das: „Dienstanzug: Braunes Hemd, braune Hose, schwarzer Binder, silbernes Hoheitsabzeichen und silberne Kordel an der Wäsche, silbernes Hoheitsabzeichen auf schwarzem auf die Ecke gestellten Quadrat, ein Zentimeter breiter schwarzer Stoff mit der silbernen Jahreszahl des Eintritts in die Partei, braune Stiefel, braunes Koppel mit Schnalle ohne Schnurferrennen, zehn Millimeter breite silberne Kreuznadel am Hemdkragen und an dem linken Unterarm ein gleicher Nadel, an beiden Schultern je eine silberne Kordel, eine silberne Gardelbelle auf braunem Spiegel, eine Verankerung an der silbernen Kordel an der Wäsche und an den Schultern.“ Das ist nicht etwa die Livree für die Lakaien einer erotischen Operettenführerschaft oder das Phantastekostüm eines Prinzen oder ein Karnevalsputz oder ein Maskeradeanzug; nein, das ist der Anzug eines nationalsozialistischen Ortsgruppenleiters, wie ihn die neue Dienstvorschrift für die politischen Organisationen der NSDAP, auf Seite 51/52 festlegt. Das ist der Dienstanzug für die Fürstenlakaien, für die SA, die anlässlich der Pringen-Hochzeit in Coburg kahnwandelnd in Massen Spalier standen und sich mit dem „Stahlhelm“ am Wagenschlag bränkelten, um dem erlauchtesten Brautpaar alleruntertänigst die Tür öffnen zu dürfen.

Der Reaktion unfeindlich zum Opfer gefallen. „Ich, Unterzeichneter, erkläre hiernit meinen Austritt, solange wie Schlichter und Rotterordnungen bestehen.“ Mit diesen Worten schied dieser Tage ein Berliner Puffer als Mitglied aus den Reihen seiner organisierten Kollegen. Seine Begründung zeigt, daß man auch dann nicht von politischem Gespötte durchleuchtet zu sein braucht, wenn man in Berlin wohnt. „Ewige Schlichter und Rotterordnungen be-

stehen“, will er der Gewerkschaft fernbleiben; d. h. also, er will warten, bis seine organisierten Kollegen das durch Kampf beiseite haben, was ihm mißfällt. Gelber kämpft will er nicht. Er ist allerdings im Grunde genommen seiner Natur frei geblieben; denn 1876 geboren, fand er erst im 45. Lebensjahre in der Nachkriegszeit, im Jahre 1921, den Weg zur Organisation. Schon nach elf Jahren entfiel uns Herr von Papen ihn wieder. Ein größerer politischer Einzelerfolg der Baronsregierung ist kaum denkbar. Würden alle so handeln wie jener Pufferkollege, dann würde es künftig überhaupt nur noch Rotterordnungen und keine Schlichter, sondern nur noch Lohnhinterbuben geben. Der Denkende macht es anders: Er kämpft mit den Gewerkschaften gegen die Rotterordnungen, gegen die Papens-Regierung, für das Mitbestimmungsrecht der Arbeiterschaft!

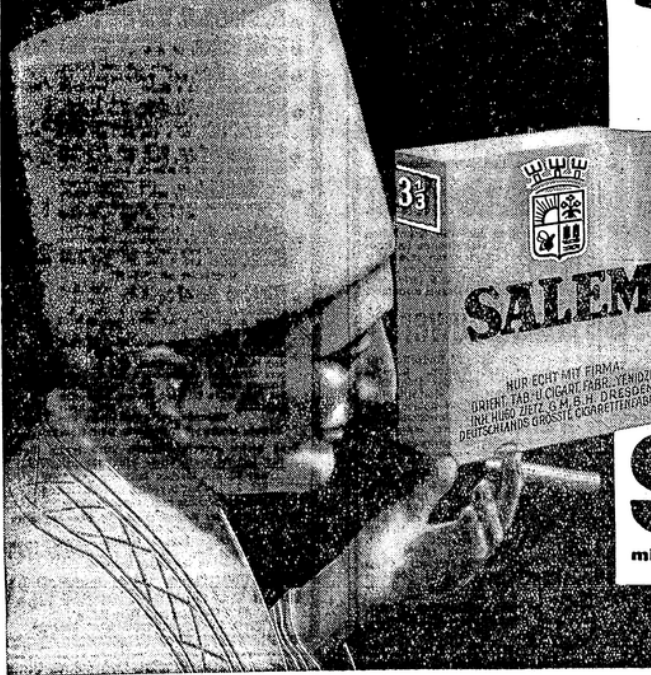
Naziparabiese für zehn Pfennige. Die Nazis operieren mit der Ausrede, sie seien zwar die stärkste Partei, aber die Gegner ließen sie nicht an die Macht, und deshalb hätten sie noch nicht zeigen können, was sie zu leisten imstande seien. Ihr Programm sei aber so wesentlich und ihre Führer so tüchtig, daß sie das Dritte Reich zum Paradies ausgestalten würden. Die Zeit dieser Ausrede ist vorbei. Es gibt schon jetzt eine Reihe Naziparabiese. In einer Broschüre mit diesem Titel (erschienen im Dieb-Verlag, Berlin SW 68, Lindenstr. 3) werden sie etwas genauer betrachtet. Sie enthält Berichte aus zehn Naziparabiesen: Albernberg, Erbe, Rehl, Theuern, Schmiedeberg, Madingen, Koburg, Braunschweig, Mecklenburg und Thüringen. Hier sind die Nazis an der Macht, hier regieren sie toll und nirgendwo sind paradiesische Zustände eingetreten! Überall haben die Nazis nicht nur völlig verlagert, sie haben bewußt oder aus völliger Unfähigkeit zur Katastrophe getrieben. Jeder Bericht ist eine Anklage gegen die Hitler-Partei und eine Warnung.

KONSERVEN?
JA! - Auf alle Fälle steht GEG an erster Stelle!

Beste, peinlich sauber
verarbeitete Gemüse
und Früchte!

GEG
BILLIG aus-Euerm
KONSUMVEREIN!

Nicht vergessen



hat der Raucher die Zigarette, die den geraden Weg unwandelbarer Qualität in diesen Zeiten der Konjunktur-Ausnutzung beibehalten hat.

Salem wurde die führende Zigarette Deutschlands, weil sie die auserwählte Marke aller ist, die Achtung vor tadelloser Arbeit haben.

Die milde
SALEM 3 1/2

mit Gold-Filmbildern in natürlicher Farbwiedergabe.

